

FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft

Staatsverschuldung in Deutschland



Staatsverschuldung – Rüstung – Krieg

- Verschuldung als (Job-)Killer
- Vor einer Militarisierung Europas?
- Die Rechnung geht auf – aber nicht für alle

1.500.000.000.000

Liebe Leserinnen und Leser,

den meisten Zeitungen war es nur eine kleine Meldung wert. Im Radio lief es in den Kurznachrichten, im Fernsehen unter



„Was sonst noch heute passiert ist...“. Die Rede ist vom neuen Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden in Deutschland: 1,5 Billionen Euro (2,3 Billionen CHF). In der Schweiz sieht es nicht besser aus, nur

ist dort die Zahl gerade nicht so schön rund. Die Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden erreichen dieser Tage die Marke von 255 Milliarden Schweizer Franken (163 Mrd. Euro). Pro Eidgenosse sind es 34.500 Schweizer Franken (22.100 Euro), pro Bundesbürger 18.200 Euro (28.400 CHF) Schulden.

Ein Grund für die unauffällige Berichterstattung ist die Tatsache, dass es schlicht und einfach jeden Tag einen neuen Rekord gibt. Die Schweizer packen in 24 Stunden 13 Millionen CHF (8,3 Mio. Euro) drauf, die Deutschen 182 Mio. Euro (284 Mio. CHF). Dass die Schulden steigen, ist also nichts neues und meist nicht mehr als eine kurze Randnotiz. Das hat das Staatsdefizit mit den Hungertoten dieser Welt gemeinsam.

Weitere Gründe sind die ausgeblendeten Risiken und Nebenwirkungen der Etatlöcher. Die Wiederaufrüstung zum Beispiel – nicht nur von Seiten der USA, sondern auch mitten in Europa (siehe ab Seite 5). Für die einen bedeutet sie ein dickes Minus, für die anderen satte Gewinne, denn

den Schulden stehen Vermögen gegenüber, die lukrative Anlagen suchen. Bomben sind das beste Beispiel. Sie zerstören nicht nur sich selbst und müssen ersetzt werden, sondern darüber hinaus auch noch jede Menge Infrastruktur, die wieder aufzubauen ist. Jede Menge Geschäfte sind so garantiert. Lohnenswert ist auch das Lesen der Artikel über die staatlich verursachte Arbeitslosigkeit (ab Seite 8) und einen Finanzskandal in Österreich (ab Seite 10). Beim Jugendcamp der INWO (siehe Seite 13) und in den Erinnerungen Wera Wendnagels (ab Seite 18) geht es in die Tiefe.

Etwas mehr Tiefgang und Verhältnismäßigkeit ist auch vielen Medien zu wünschen. Seit Wochen wird beispielsweise in Deutschland über die höhere Mehrwertsteuer diskutiert. 2007 sollen damit rund 20 Mrd. Euro (31,2 Mrd. CHF) mehr in die Staatskasse fließen. Dreimal so viel sind allein an Zinsen für die Staatsschulden fällig. Entsprechend mehr Raum müsste dieses Thema einnehmen. Von den Hungertoten ganz zu schweigen, denn auch dabei bestehen berichtenswerte Zusammenhänge.

Einen friedlichen Sommer wünscht im Namen der Redaktion

PS: Die E-Mailadresse des Artikels „Fließendes Geld - die neue Währung“ (FAIRCONOMY 1/2006) enthielt leider einen Fehler – hier die richtige: jordanbmacleod@yahoo.com.

Inhalt

- 3 Die Rechnung geht auf – aber nicht für alle
- 5 Gute Gründe gegen Rüstung und Krieg
- 7 Vor einer Militarisierung Europas?
- 8 Verschuldung als Jobkiller
- 10 Meinungsmache statt Aufklärung
- 12 Termine & Pressespiegel
- 13 FAIRCONOMY-Jugendcamp 2005
- 14 INWO Schweiz: Staatsverschuldung, Konferenz und Generalversammlung
- 16 INWO vor Ort
- 17 Regiogeld in der Deutschen Bundesbank
- 18 Von Gesell zur INWO – Teil 1
- 21 Die Wära-Tauschgesellschaft
- 22 - Leserbrief
- Wirtschaftsweisen-Brief an Merkel
- 23 Bestellseite

Impressum

FAIRCONOMY 2. Jahrgang, Nr. 2 Juni 2006, ISSN 1860-9694
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Wera Wendnagel (Vi.S.d.P.), Beate Bocking,
Jens Hakenes, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail

Versand@INWO.de

Auflage

3.000 Exemplare; 1.500 als r-evolution, INWO-CH

Bildnachweis

Titelseite: Montage Umbach Grafik & Mediendesign - Photocase.com/masone, Bund der Steuerzahler (BdSt), Zeichnungen: eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTI-d - Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, S. 3: Photocase.com/votec, JUMBO Spiele GmbH - www.jumbo-spiele.de, S. 5: Photocase.com/thotti, S. 6: BdSt, S. 7: Photocase.com/Jaku, Wikipedia, S. 8 und S. 9: Helmut Creutz, S. 11: Kurt Milam, S. 12: Photocase.com/juliaw, S. 16: Jakob Schneider/ Michael Hönnig, S. 17: Potsdamer Regional/Carina Hinze, S. 18: INWO-Katalog/Gauke-Verlag, S. 23: Erich Lange

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klingenuß GmbH, Münster

Herausgeberin

INWO D e.V., Geschäftsstelle, Klaus Popp, Blasiusstraße 63,
40221 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 30 41 05, E-Mail:
INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>
Konto 604 786 607, Postbank Frankfurt/Main (500 100 60)

Die FAIRCONOMY ist die neue Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für

die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Gute Gründe gegen Rüstung und Krieg

Davon gibt es viele. Ein ganz wesentlicher Aspekt wird jedoch viel zu selten beachtet. Er hängt unmittelbar mit der wieder zunehmenden Militarisierung zusammen und hat zahlreiche oft ausgeblendete, negative Folgen für weite Teile der Bevölkerung.

Wer die unaufhörlichen Spar- und Maßhalteappelle unserer so genannten Volksvertreter heute hört, fragt sich doch, wodurch aus dem „Wirtschaftswunderland“ Deutschland auf einmal der Schuldenstaat Deutschland werden konnte. Denn nach der Staatsentschuldung durch die Währungs-„Reform“ 1948 und den durch die Entmilitarisierung eingesparten Rüstungsausgaben schien es doch in Westdeutschland wirtschaftlich nur noch aufwärts zu gehen.

Remilitarisierung statt kostensparende Neutralität

Das änderte sich aber alles mit der Remilitarisierung. Mit der Begründung, Deutschland müsse sich mit adäquaten Militärausgaben am Kampf gegen den Kommunismus beteiligen, wurde West-Deutschland schnell wieder „kriegswillig“ gemacht und in die NATO integriert. Und so auch zugleich daran gehindert, einen (billigeren) Sonderweg außerhalb der neuen Militärallianzen NATO und Warschauer Pakt zu gehen, wie es Österreich mit seiner militärischen Neutralität, als Preis für seine Wiedervereinigung, vormachte. Deutschland wurde damit – sehr zur Freude der Geldverleiher, Rüstungskonzerne und Wirtschaftskonkurrenten – genötigt, Milliardensummen für teure Waffensysteme auszugeben.

Damit sich aber keine starke Opposition gegen diese Politik entwickelte, waren alle Regierungsparteien sehr bemüht, den Anschein zu erwecken, Butter und Kanonen gleichzeitig finanzieren zu können. Die nun ständig anfallenden Militärausgaben wurden darum einfach, um die eigentlich notwendigen Ausgabenbegrenzungen für einen schuldenfreien Staatshaushalt zu vermeiden, immer wieder

durch eine neue Staatsverschuldung bezahlt.

Damit begann für Rüstungskonzerne und Großkapital ein profitabler Kreislauf aus ständiger Waffenmodernisierung plus Zinseinnahmen für zuvor gegebene Kredite. Diese Entwicklung geht auch ohne konkrete militärische Bedrohung bis heute unentwegt weiter.

Staatsschulden entsprechen Militärausgaben

Schon bis 1989 – dem Zeitpunkt der Wiedervereinigung – hatten die Staatsschulden und Militärausgaben astronomische und fast identische Größenordnungen erreicht. Nicht nur die DDR hat sich totgerüstet. Die ausufernde Staatsverschuldung der Bundesrepublik hat die gleiche Ursache. Aber verständlicherweise wird das natürlich nie mit der Rüstung in Zusammenhang gebracht. Auch wenn in den Maßhalteappellen immer wieder darauf hingewiesen wird, dass Geld immer nur einmal ausgegeben werden kann, und das auch für den Staatshaushalt gilt.

Die 50 Milliarden DM Zinsausgaben für die fast 1 Billion DM Staatsschulden von 1989 waren schon damals höher als die „offiziellen“ Rüstungsausgaben, in denen Militär-Pensionen, Bauvorhaben, Beobach-



tungssatelliten und vieles andere noch nicht einmal enthalten waren. Hier liegen die Gründe der ausufernden Staatsverschuldung und der daraus resultierenden Zinsbelastung.

Diese „offiziellen“ Militärausgaben betrug bis 1989: **953.326 Milliarden DM.** Die angehäuften Staatsverschuldung lag 1989 bei: **923.500 Milliarden DM.** Der Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und die sozialen Sicherungssysteme wären demnach ohne jede Staatsverschuldung möglich gewesen und auch bezahlbar geblieben. Aber die zusätzliche Finanzierung eines riesigen Militärapparates hat die öffentlichen Finanzen total ruiniert und tut es jeden weiteren Tag.

Falsche Politik auf unsere Kosten

Die Wiedervereinigung ermöglichte noch einmal die Vertuschung dieser skandalösen politischen Fehlleistungen. Vor allem auch

durch die Plünderung der Sozialkassen. Es war ja nicht nur die Vergeudung von fast 1 Billion DM Steuergelder für eine falsche – wenn auch wohl erzwungene – „Sicherheitspolitik“. Das Betrügerische daran war und ist die Finanzierung dieser Politik durch Schulden. Denn die dafür anfallenden Zinsen wachsen von Jahr zu Jahr schneller. Und die (nicht getilgten) Schulden verdoppeln sich dabei durch den Zinseszinsseffekt noch alle zehn bis zwölf Jahre bis zum Staatsbankrott.

Der Schuldenstand der Öffentlichen Hand hat im Mai 1,5 Billionen Euro (1.500.000.000.000 Euro) erreicht, mit einem Schuldenzuwachs von 2.113 Euro pro Sekunde! Aber über die Ursachen, die Verantwortlichen oder das Ende wird kaum gesprochen ...

Verständlich, wenn auch folgenlos, war darum auch die Klage von Bundesfinanzminister Eichel am 9.11.2000 in der Berliner Humboldt-Universität: „Wir tilgen überhaupt nichts. Seit Jahrzehnten nicht eine einzige Mark. Wann immer ein Kredit fällig wird zur Rückzahlung, nehmen wir einen neuen Kredit auf, um den alten Kredit abzulösen. Wir bauen Schulden auf Schulden und nehmen Kredite am Schluss auf, um die Zinsen für die Schulden bezahlen zu können.“

Auch Angela Merkel sind diese Zusammenhänge bestens bekannt. Noch am 7. September 2005 erklärte sie im Bundestag: „Schon heute zahlen wir in jedem Jahr fast 40 Milliarden Euro Zinsen im Bund. Das ist eine

„Das Ergebnis der absurden Rüstung, inklusive der atomaren, war schon bisher nicht Frieden, sondern Erpressbarkeit und Unterwerfung. Diese so genannten ‚Dienstleistungen‘ werden heute von der Ökonomie nachgefragt. Politik, Investoren und Konzerne reden, wenn sie den Bau neuer Imperien meinen, ganz offen von der Eroberung der Märkte und von Ressourcen. Menschen wird eine Karriere zugeordnet, die sie zu ‚human resources‘ degradiert. ‚Wettbewerb‘ ist organisiert als Vernichtungs-Konkurrenz, um Sieger und Verlierer zu ermitteln. Wirtschaft wird zu einer Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Es gibt also neue Gründe, ein altes Gewalt-Konzept zu bekämpfen.“

Helmut Waldert (+2004, österr. Journalist, Autor der Hörfunkreihe „Geld frisst Welt“)

Versündigung an den Interessen der zukünftigen Generationen. Das ist die Wahrheit.“ Aber diese „Wahrheit“ hindert die heutige Bundeskanzlerin nicht, sich mit weiteren 23,9 Mrd. Euro Militärausgaben und 38 Mrd. Euro Neuverschuldung für 2006 weiter zu „versündigen“. Obwohl damit die massive steuerfinanzierte Umverteilung und Verarmung immer größerer Bevölkerungsgruppen beschleunigt fortgesetzt wird.

Zeit für Veränderung

Es wird darum höchste Zeit, sich mehr um diese verlogene Politik zu kümmern. Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte mit fast 70 Milliarden Euro an jährlichen

Zinszahlungen ist inzwischen zur lukrativen Quelle für leistungslose Kapitaleinkommen geworden. Und nichts wird von den Sozial-Demontage-Parteien sorgfältiger verschwiegen als die Tatsache, dass diese jährlich fehlenden 70 Milliarden die Ursache für den rigiden Sozialabbau, Steuererhöhungen und die Wirtschaftsprobleme in Bund, Ländern und Gemeinden sind.

Die über 300 Milliarden Euro jährlichen Zinserträge der Banken nur in Deutschland aus Hypotheken, Investitions-Krediten etc. werden den 90 % Zinstitutzählern nicht mehr lange als „soziale Marktwirtschaft“ verkauft werden können. Auch der Versuch, durch Mehrwertsteuererhöhung, Sozialabbau und je 6 Milliarden Euro Investitionen in den nächsten vier Jahren diese Geldsauger noch einmal zu befriedigen, wird sich schnell als „Insolvenz-Verschleppung“ herausstellen.

Neue Verteilungskriege verhindern

Geld ist ein Tauschmittel! Geld darf weder zur Ausplünderung eines Staates noch privater Investoren missbraucht werden können. Ungleichheit schaffende Geld- und Wirtschaftsstrukturen dürfen nicht länger akzeptiert werden, weil sie zwangsläufig zu sozialen Unruhen und Krieg führen. Nur Geld, das keinen Umverteilungseffekt mehr hat, kann die heutigen Wirtschafts- und Sozialprobleme lösen und neue Verteilungskriege verhindern. Allein die „offiziellen“ Verteidigungsausgaben und insbesondere die Zinszahlungen seit der Wiedervereinigung haben schon wieder mehr als 700 Milliarden Euro zusätzliche Staatsschulden verursacht, während betrügerisch ein ausufernder Sozialstaat und „überzogenes“ Anspruchsdenken dafür verantwortlich gemacht werden.



Werner Kuhn, Stellv. Bundesvorsitzender des pazifistischen „Bündnis für die Zukunft“. Von 1979 bis 1990 Kontaktperson für die Westfälische Friedensinitiative, die die Umwandlung der Bundeswehr in einen zivilen Hilfsdienst forderte und 1990 Mitbegründer von „BRD ohne Armee“.

